

## Terminkalender

**Bundestagsberatungen**  
26. Mai bis 6. Juni  
16. bis 27. Juni

### Im Wahlkreis

**22. Juni** „Martina Bunge lädt ein“: Reinhard Schwarz vom Tourismus-Verband M-V, Wismar, Am Salzhaff/An der Koggenoor, 15 Uhr

### Festakt

**3. Juni** 10 Jahre Deutscher Pflegerat, Berlin

### Rente/Gesundheit/Pflege

**10. Juni** Bürgerforum, Schwerin, Rittersaal, Ritterstraße 3, 18 Uhr

**11. Juni** Diskussion mit Seniorinnen und Senioren der IG Bau, Sternberg, 14.30 bis 16.30 Uhr

### Gäste

**16. Juni** Gespräch mit Studierenden von der Hochschule Neubrandenburg, Berlin

### Öffentliche Anhörung

**23. Juni** Ausschuss für Gesundheit zur Prävention, Berlin, 10.00 bis 12.30 Uhr

### Bundestagsbüro

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030.22770067  
Fax: 030.22776076  
martina.bunge@bundestag.de

### Wahlkreisbüros

in Wismar, Rostock, Parchim, Lütz, Grevesmühlen und Gadebusch

### Kontakt über

Lübsche Straße 97  
23966 Wismar  
Telefon: 03841.3265993  
Fax: 03841.3265994

### Björn Griese

Mobil: 0173.2140583  
martina.bunge@wk.bundestag.de

### Rainer Raeschke

Mobil: 0172.3201859  
martina.bunge@wk2.bundestag.de

## Diätenspende

# Damit der Bus wieder fährt



175 Euro – eine willkommene Unterstützung, um den Bus des Landfrauenverbandes Parchim wieder flott zu bekommen. Vereinsvorsitzende Angelika Lübecke (l.) nahm das Geld am 8. März von Martina Bunge entgegen. Die Abgeordnete spendet seit Januar

monatlich den Nettobetrag einer Diätenerhöhung. Weitere Spenden gingen an die Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen (KISS), die Obdachlosenzeitung „STROHhalm“ in Rostok und das Projekt „Stolpersteine“ in Wismar.

## Rentenüberleitung

# Anwürfe – und neue Töne

Viele Ältere in den neuen Bundesländern haben am 25. April mit Spannung auf den Bundestag geblickt. An diesem Tag standen 17 Anträge der Linksfraktion zur Rentenüberleitung auf der Tagesordnung. So viele Jahre nach Herstellung der staatlichen Einheit gibt es immer noch zahlreiche Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen, die aus der Überführung der DDR-Altersversorgungen in bundesrepublikanisches Recht resultieren. Betroffen davon sind nicht nur, wie immer wieder behauptet, sogenannte staatsnahe Personengruppen. Auch geschiedene Frauen, Beschäftigte des Gesundheitswesens, Angehörige von Reichsbahn und Post, Bergleute der Braunkohleveredlung oder Balletttänzerinnen und -tänzer haben zum Beispiel darunter zu leiden, dass DDR-typische

Regelungen einfach wegfielen. Die gesamte wissenschaftliche, technische und künstlerische Intelligenz wurde um ihre Versorgung gebracht. Sie alle warten darauf, dass endlich eine soziale und gerechte Lösung ihrer Probleme erfolgt. In der Debatte gab es vor allem starke Anwürfe gegen – vermeintliche – Privilegien und Pfründe aus DDR-Zeiten. Doch zugleich ließen die anderen Fraktionen Diskussionsbereitschaft erkennen. Zu erwähnen ist, dass sich die CDU Thüringen im Bundesrat für eine Regelung zugunsten verschiedener Problemgruppen stark machen will. Grund zur Hoffnung, dass die jahrelangen Bemühungen der Linken im Bundestag und vor allem das Engagement der Betroffenen endlich zu einem Erfolg führen?!



## Nr. 7

Mai/Juni 2008

• Mindestlohn auch für Deutschland • Kein Ticket, kein Abi? • Von schlechten Brillen und Stürzen • Debatte zur Rentenüberleitung • Diätenspende für „Stolpersteine“

# klipp und klar.

Dr. Martina Bunge informiert

## Auf ein Wort

# Rentenerhöhung: LINKE will vier Prozent

### Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Rente soll ab Juli um 1,1 Prozent steigen. Das hat der Bundestag am 8. Mai beschlossen. Die Abgeordneten der Linksfraktion – so auch ich – haben mehrheitlich dagegen gestimmt. Das mag einige verwundern. Schließlich sollte die Rentenanpassung ursprünglich nur 0,46 Prozent betragen.

Ich halte diese Erhöhung aber für eine Mogelpackung und puren Vorwahlkampf der Regierungsparteien. Dafür haben sie den sogenannten Riester-Faktor ausgesetzt. Er wurde 2004 eingeführt und soll die ansonsten an die Lohnsteigerungen gekoppelten Rentenerhöhungen

um 0,6 Prozent dämpfen, weshalb auch von „Dämpfungsfaktoren“ die Rede ist. Wenn dieser von uns stets kritisierte Abschlag für die nächsten zwei Jahre außer Kraft gesetzt wird, ist das alles andere als eine noble Geste von Union und SPD. Das „dicke Ende“ wird sich in den Jahren 2012 und 2013 zeigen. Ab da sollen nämlich die Rentenabschläge mit größerer Wucht nachgeholt werden.

Altersarmut – das ist eine reale Gefahr, die vor allem in Ostdeutschland wegen der hohen Arbeitslosigkeit und der Niedriglöhne droht. Deshalb fordert die Linkspartei die Abschaffung der Dämpfungsfaktoren und will die Rente um vier Prozent

erhöhen, um so wenigstens für einen Inflationsausgleich zu sorgen. Generell will sie eine Alterssicherung, die in Ost und West vor Armut schützt und ein vernünftiges Lebensniveau sichert. Zur Finanzierung schlagen wir vor, schrittweise alle Erwerbstätigen in die „Gesetzliche“ einzubeziehen, so auch Beamtinnen und Beamte, Abgeordnete oder Minister. Arbeitgeberschaft und Arbeitnehmerschaft sollen wieder halbe-halbe in die Rentenkasse einzahlen.

Es grüßt Sie Ihre

Dr. Martina Bunge ist Vorsitzende des Gesundheitsausschusses

## Auf den Punkt

„Dass im Aufschwung die Beschäftigung zunimmt, ist nichts Neues. Genauso sicher ist, dass sie im Abschwung abnimmt.“

Herbert Schui, Fraktion DIE LINKE,  
am 2. Mai zu Vollbeschäftigungsphantasien von Kurt Beck

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

8,44 Euro Mindestlohn auch für Deutschland

## Von Arbeit muss man leben können

Die Belgier haben ihn, die Engländer ebenfalls, und auch die Ungarn und Slowaken verzichten nicht darauf. Die Rede ist von einem gesetzlichen Mindestlohn, den es in 20 der 27 EU-Staaten gibt. Die Linke will, dass er auch hierzulande eingeführt wird. Bei unserem Nachbarn Frankreich liegt er derzeit bei 8,44 Euro. Diese Untergrenze sollte in Deutschland ebenfalls gelten.

Ein Anhaltspunkt für diesen Betrag ist die sogenannte Pfändungsfreigrenze. Sie liegt momentan bei rund 1.000 Euro. Diese vom Gesetzgeber festgelegte Grenze besagt, dass einem verschuldeten und alleinstehenden Arbeitnehmer oder einer Arbeitnehmerin ein Einkommen in dieser Höhe zusteht, das trotz Schulden nicht gepfändet werden darf. Ein Mindestlohn von 8,44 Euro ergäbe bei einer Vollzeitarbeit (38,5 Stunden/Woche) einen Nettolohn, der mindestens auf dieser Höhe liegen würde.

### Niedriglöhne in MV: 35.000 Menschen brauchen Zuschuss

Ein Mindestlohn würde Schluss damit machen, dass Menschen nicht von ihrer Arbeit leben können. In Mecklenburg-Vorpommern

sind davon ungefähr 35.000 Frauen und Männer betroffen. Obwohl die meisten von ihnen eine Vollzeitstelle haben, sind sie ergänzend auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Wie der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mitteilte, kostet das den Staat (und damit die Steuerzahler) jährlich 84 Millionen Euro. Eine weitere Zahl: 100.000 Menschen in unserem Bundesland arbeiten für einen Stundenlohn unter 7,50 Euro.

Ein Mindestlohn muss gesetzlich verankert werden, denn existenzsichernde Löhne können gegenwärtig ausschließlich über Tarifverträge nicht für alle Beschäftigten erreicht werden. Im Gegenteil: Die Bereiche, in denen es keine Tarifbindung gibt, dehnen sich immer mehr aus.

Von den Gegnern eines Mindestlohnes heißt es oft, er würde Arbeitsplätze vernichten. Erfahrungen aus anderen Staaten bestätigen diese These nicht. Deshalb befürworten auch zahlreiche Unternehmen hierzulande eine untere Lohngrenze. Ohne sie, hieß es aus dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (wo bereits branchenspezifische Mindestlöhne existieren), hätten mindestens weitere 250.000 Bauarbeiter ihren Job verloren.

Für kleine und mittlere Unternehmen, die kurzfristig nicht in der Lage sind, einen Mindestlohn zu zahlen, kann eine Übergangsregelung gelten. Die betroffenen Firmen sollten eine Hilfestellung erhalten.

### Lohndumping beseitigen, Steuer- und Sozialkassen füllen

Ein gesetzlicher Mindestlohn sorgt dafür, dass Unternehmen nicht weiter auf Kosten der Allgemeinheit Lohndumping betreiben können. Höhere Löhne führen zu mehr Kaufkraft und zu höheren Steuereinnahmen. Höhere Löhne stärken zugleich die Renten-, Gesundheits- und Pflegekasse. So nutzt ein gesetzlicher Mindestlohn nicht nur denen, die heute für Hungerlöhne arbeiten, sondern der gesamten Gesellschaft.

### Die SPD muss sich entscheiden

Bis zu 80 Prozent der Bevölkerung befürworten einen Mindestlohn. Im Bundestag haben sich neben der Linkspartei auch die SPD und die Grünen dafür ausgesprochen. Die SPD muss diese parlamentarische Mehrheit endlich nutzen, statt – wie im Vorjahr geschehen – einen Antrag der Linken abzulehnen.

www.martina-bunge.de

Antrag der Linken abgelehnt

## Kein Ticket, kein Abi?

„Fahrkarten zu teuer: Kein Abitur für Arme“ hieß es am 22./23. März in der „Ostseezeitung“, und die „Schweriner Volkszeitung“ titelte „Kein Geld, keine Bildung?“. In den Beiträgen ging es um die Finanzierung oder genauer gesagt: Nichtfinanzierung der Schülerbeförderung. Ab Klasse 10 haben Jugendliche derzeit keinen Anspruch auf die Übernahme der Fahrtkosten. Nur wenige Kreise zahlen dennoch freiwillig. Verschuldeten Kreisen ist das ohnehin untersagt. So bleibt Kindern von Hartz-IV-Empfängern der Weg zum Abitur häufig versperrt. Fast 90 Euro kann eine Monatskarte kosten. Das ist von den Familien nicht aufzubringen. Dieser Missstand ist nun bis zu einem hiesigen CDU-Landtagsabgeordneten durchgedrungen, der eine Änderung anmahnt. DIE LINKE im Bundestag hatte

dieses Problem schon vor Jahresfrist in einem Antrag aufgegriffen. Gefordert wurden unter anderen zwei Änderungen des Sozialgesetzbuches II, das die Leistungen der Hartz-IV-Gesetzgebung regelt. Zum Ersten sollen Fahrtkosten zur Schule oder zur Ausbildungsstätte künftig bei der Berechnung des Einkommens berücksichtigt werden, genauso wie Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung oder für die Altersvorsorge. Zum Zweiten sollen die Kosten für die Schülerbeförderung als Mehrbedarf anerkannt werden. Das Ganze muss auch für Kinder gelten, deren Eltern Sozialhilfe oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen. Der Antrag wurde am 21. Februar im Bundestag abgelehnt.

DS 16/4486

Mehr Stürze mit schlechter Brille?

## Regierung sagt Jein

Seit 2004 kommt die gesetzliche Krankenversicherung nicht mehr für Brillen auf. Hat sich seitdem das Sturzrisiko für alte Menschen, speziell in Heimen, erhöht? – Das wollte ich von der Bundesregierung erfahren. Die Antwort war ein klassisches Jein: Mit Hinweis auf den Nationalen Expertenstandard „Sturzprophylaxe in der Pflege“ heißt es: „Sehbeeinträchtigungen infolge nicht adäquat ausgeglichener

Sehschärfe bzw. Kontrastwahrnehmung stellen danach bedeutende Sturzrisiken dar. Jedoch liegen weder ausreichende epidemiologische Daten dazu vor, wie häufig und in welcher Situation Personen stürzen, noch konnte in Studien eine signifikante Verbesserung der Sturzinzidenz durch eine Intervention des Sehvermögens nachgewiesen werden.“ Alles klar?

DS 16/8580

## Drucksache

Initiativen der Fraktion

### Mehr Rechte.

Bei Massenentlassungen sollen Betriebs- und Aufsichtsräte mehr Einfluss auf die unternehmerischen Entscheidungen haben.  
*Gesetzentwurf, 16/8448*

### V-Leute abschalten.

Die V-Leute in der NPD müssen abgeschaltet werden. Sonst scheitert ein erneutes Verbotsvorhaben.  
*Antrag, DS 16/9007*

### Kosovo-Rückzug.

Nach der Unabhängigkeit des Kosovo: Die Rechtsgrundlage für den Bundeswehreininsatz ist entfallen und ein Abzug geboten.  
*Antrag, DS 16/8779*

### Stromnetz öffentlich.

Die E.ON AG will sich von ihrem Übertragungsnetz trennen. Es gehört nun in die öffentliche Hand.  
*Antrag, DS 16/8494*

### Abgeordneten- bestechung.

Vorteilsannahme und Vorteilsgewährung von oder zu Gunsten von Parlamentsmitgliedern soll strafrechtlich geregelt werden. Bisher sind Amtsträger oder privatwirtschaftlich Tätige strengerer Regelungen ausgesetzt als Abgeordnete.  
*Gesetzentwurf, DS 16/8979*